

Sachverhaltsdarstellung

Betreutes Aufenthaltsangebot für alkoholranke Menschen

hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/die Grünen vom 12.07.2017

1. Vorbemerkung und aktuelle Entwicklung

Mit Datum vom 12.07.2017 beantragt die Fraktion Bündnis 90/die Grünen, dass die Verwaltung ein Konzept für ein betreutes Aufenthaltsangebot für alkoholranke Menschen entwickeln soll. Auf vergleichbare Angebote in Dortmund und Kiel wird verwiesen, eine Kooperation mit der Wärmestube wird angeregt.

Alkoholkonsum im öffentlichen Raum ist kein neues Phänomen. Störend wirkt diese Form des Trinkens, wenn Konsumgrenzen überschritten werden, die verhaltensbedingte Wirkungen auf andere Menschen haben und/oder auf den konsumierenden Menschen selbst.

Ab Ende 2015 wurden innerhalb der Vielfalt der Personengruppen im Bereich Königstorpassage auch die alkoholerkrankten Menschen zunehmend als Problemgruppe definiert.

Durch konzentriertes Handeln der Verwaltung mit allen relevanten Beteiligten im Rahmen von verschiedenen Runden Tischen und dem Arbeitskreis Sicherheit und Sauberkeit wurde die Lage in der Königstorpassage deutlich entspannt (vgl. TOP 4 in der heutigen Sitzung). Allerdings ergab sich dadurch eine Verlagerung von Problemgruppen auf den Bahnhofsvorplatz vor dem Mittelausgang.

Als besonders auffällig werden dort Menschen mit massiven Alkoholproblemen wahrgenommen.

Die Polizei berichtet von Gewalttätigkeiten im Gebiet des Hauptbahnhofs unter Alkoholeinfluss. Im Jahr 2017 wurde der Höchststand von 176 Körperverletzungsdelikten mit alkoholisierten Tätern erreicht (Quelle: Polizeipräsidium Mittelfranken).

Gleichzeitig sind alkoholische Getränke im Hauptbahnhof von morgens bis abends 20 Uhr einfach zu beschaffen.

Aber auch an anderen Orten im öffentlichen Raum sind Menschen mit massiven Alkoholproblemen zu beobachten, nicht nur in Parkanlagen und in der Nähe von Spielplätzen, auch an überdachten Eingängen von Behörden oder Mietshäusern.

Die Wärmestube berichtet aktuell im Kuratorium von der Tatsache, dass die „Trinkerszene“ die Nutzung mittlerweile fast täglich dominiert. Diese Besucher sind durch das Beratungsangebot nicht zu erreichen. Die Dominanz der Trinkerszene führt dazu, dass der ursprüngliche Auftrag der Wärmestube, Beratung über weitergehende integrative Hilfen zu leisten, nicht mehr erfüllt werden kann. Aggressionen innerhalb der Einrichtung, meist ausgehend von alkoholisierten Besuchern, führen häufig zu problematischen Situationen, die nur unter Einsatz von Sicherheitspersonal bewältigt werden können.

2. Methodisches Vorgehen

Die Verwaltung führte zum o.g. Thema viele intensive Gespräche mit Fachleuten und Einrichtungen, nahm auch an einem Streetwork-Einsatz der Wärmestube in den Abendstunden im Bereich Hauptbahnhof/ Vorplatz, Hauptbahnhof/ Gleis 1, Königstorpassage, südlicher Altstadt und Stadtgraben teil.

Konkret wurden die fachlichen Expertisen eingeholt von

- Suchthilfezentrum der Stadtmission
- Wärmestube
- Haus Großweidenmühlstraße, Notschlafstelle
- NOA, Projekt WEG (Wohnen, Erwerb, Gesundheit)
- Arbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (AGW, als fachlich zuständiger Unterarbeitskreis der Kreisarbeitsgemeinschaft))
- Austausch im Arbeitskreis Sucht (AKS)
- Bearbeitung des Themas in diversen Runden Tischen
- Teilnahme an der Fachtagung „Konfliktmanagement im öffentlichen Raum v. 02.03.2018 in München (u.a. Bericht aus Wuppertal zu einem Aufenthaltsraum für alkoholerkrankte Menschen)

Außerdem wurde die Position des Gesundheitsamtes eingeholt und in die vorliegende Darstellung eingearbeitet.

3. Ergebnisse

Die Zielgruppe der alkoholkranken Menschen im öffentlichen Raum, die auffallen, ist überwiegend EU-Bürgern aus dem osteuropäischen Raum zuzuordnen.

Die Fachdienste beschreiben sie als Menschen, die sich im dauerhaften Überlebenskampf befinden, da sie keine Arbeit (mehr) haben, zum Teil somit auch ihre Unterkünfte verloren haben und von Notschlafstelle zu Notschlafstelle wandern oder auch draußen nächtigen. Schätzungsweise 90 % haben zwischenzeitlich eine psychische Auffälligkeit oder auch Erkrankung und mindestens 80 % eine Suchtabhängigkeit als feststellbares Symptom. Verelendung, sichtbarer desolater körperlicher Zustand und das Fehlen jeglichen Veränderungswillens beschreibt die Personengruppe. Ein Teil hat sich aufgegeben, erwartet nichts mehr von sich selbst und hat keine Perspektive.

Eine zielgerichtete geplante Beratung ist aufgrund der psychischen Situation fast nicht mehr möglich. In den Notschlafstellen und in der Wärmestube wird von massiven Verhaltensproblemen aufgrund des alkoholisierten Zustandes berichtet.

Die Mitarbeiter/innen der Wärmestube und anderer Fachdienste schlagen deshalb vor, in Ergänzung und zur Entlastung der Wärmestube – wie im Antrag von Bündnis 90/die Grünen angeregt – ein Konzept für Räumlichkeiten für die Zielgruppe der schwer abhängigen Alkoholerkrankten im Sinne eines niederschweligen Aufenthalts („Trinkerstube“) zu entwickeln und umzusetzen. Diese Räumlichkeiten sollen außerhalb der Wärmestube liegen, könnten aber organisatorisch an die Wärmestube gebunden sein.

Das Gesundheitsamt würde eine derartige Einrichtung unterstützen.

4. Weiteres Vorgehen

Aus der Sicht der Verwaltung ist es verfrüht, die Lösung jetzt schon in einer einfachen Vergrößerung der Ressourcen für den Tagesaufenthalt zu sehen. Das würde bedeuten, einem quantitativ wachsenden Problem einfach mit einem mehr an angestammten Hilfen zu begegnen, statt zu überlegen, ob neue Hilfeformen notwendig und möglich sind.

Die Verwaltung regt deshalb an, stattdessen zunächst die Konzeptdiskussion weiterzuführen, an der die o.g. Akteure beteiligt sein sollten.

Im Rahmen dieser Diskussion ist die Problembeschreibung genauer zu fassen und die Hilfebedarfe abzuleiten. Die Wärmestube spricht in einer Denkschrift für das Kuratorium von folgenden Zielgruppen:

- Menschen aus Osteuropa und den GUS-Staaten, die schon viele Jahre hier leben, keine Arbeit haben, z.T. lange obdachlos, gesundheitlich angeschlagen und suchtmittelabhängig sind;
- neu zugewanderte Migranten aus Osteuropa, die keine dauerhafte Perspektive erreichen konnten, häufig auch mit Suchtproblematik;
- langjährig drogenabhängige Menschen mit großer Verwahrlosung;
- Familien, vorwiegend aus Osteuropa, die mit ihren Kindern in Fahrzeugen leben, im Innenstadtbereich betteln oder sich zu Schwarzarbeiten verdingen;
- Menschen aus dem erweiterten Kreis von Obdachlosigkeit, d.h. ältere Menschen mit geringen oder ohne Renten, in desolaten Wohnungen, Pensionen oder Notschlafstellen.

Schon diese kurze Aufzählung macht deutlich, dass die Zielgruppen und ihre Abgrenzung untereinander genauer zu beschreiben sind, der Versuch einer Quantifizierung unternommen werden muss, die aktuelle Praxis in anderen Städten einschließlich Best-Practice-Beispielen angesehen werden muss und dann erst die Bedarfe für Nürnberg abgeleitet werden können.

Letzlich wird es darum gehen, ein Maßnahmenbündel zur Armutsmigration zu entwickeln.

Der Suchtbeauftragte des Sozialamtes wird diese Weiterführung der Konzeptdiskussion organisieren und moderieren. Mit Ergebnissen, die dem Ausschuss vorgelegt werden können, ist im Herbst 2018 zu rechnen.

Mai 2018
Amt für Existenzsicherung und
soziale Integration - Sozialamt